

KONSTANTIN WACKER

Ökonomische Perspektiven der bolívarischen Revolution in Venezuela

Durch die bolívarische Revolution in Venezuela haben sich breiteste Schichten des venezolanischen Volkes einen Zugang zu einer demokratischen Mitbestimmung im Staat auf neue Art und Weise erkämpft. Das Ziel dieser Revolution, nach formal-politischer auch die ökonomische Unabhängigkeit eines Entwicklungslandes zu erlangen, verleiht ihr ihren antiimperialistischen Charakter und wirft die Frage nach den ökonomischen Perspektiven eines solchen Prozesses auf.

Seit dem Wahlerfolg von Hugo Chávez und seiner »Bewegung Fünfte Republik« (MVR) Ende 1998 befindet sich das lateinamerikanische Venezuela in einem weitreichenden politischen Umbau. Die großen Träger dieses Umbaus sind arme Bevölkerungsschichten, städtische und ländliche Arbeiter, die sich in Basisinitiativen organisieren, der bolívarischen Revolution den Stempel ihrer Forderungen aufdrücken und sie so zu einer wirklichen Volksrevolution machen.¹ Natürlich stoßen diese Forderungen auf erbittertsten Widerstand der herrschenden Klasse in Venezuela, zu der neben einigen Großgrundbesitzern und dem starken Auslandskapital auch eine als deren Handlanger operierende nationale Bourgeoisie zählt, die sich in den letzten Jahrzehnten u. a. über korrupte Geschäfte mit Privatisierungen und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA bereichern konnte. Aus den bisherigen Schlachten des daraus resultierenden Klassenkampfes (die unter anderem zum Ausdruck kamen in einem Putschversuch im April 2002, einem umfassenden Streik Ende 2002 bzw. Anfang 2003, der weitenteils tatsächlich aus von Unternehmen betriebenen Aussperrungen bestand, sowie einem Abwahlreferendum gegen Chávez im August 2004) konnte bisher das venezolanische Volk als politischer Sieger hervorgehen.

Die venezolanische Oligarchie ist in den letzten sechs Jahren weitestgehend von den Schalthebeln der politischen Macht entfernt worden. Doch darf nicht vergessen werden, dass sie weiterhin bedeutende Kommandostellen der venezolanischen Wirtschaft besetzt, von denen aus sie ständig versucht und versuchen wird, konterrevolutionär auf den bolívarischen Prozess einzuwirken. Bedeutende Teile der Erdölrente werden zugunsten von Sozial- und Bildungsprogrammen verwendet, das Management der PDVSA und anderer staatlicher Betriebe wurden nachhaltig umgebaut, einige besetzte Fabriken wurden verstaatlicht und eine Landreform wurde beschlossen. Doch wenn das venezolanische Volk nicht permanent Gefahr laufen will, das derzeitige Ausmaß ihrer politischen Herrschaft zu

Konstantin Wacker – Jg. 1982, studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Mitglied des Bundesvorstandes der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und Bundesvorsitzender der Studierenden-gewerkschaft, Teilnehmer der 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden im August 2005 in Caracas.

1 Vgl. W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, S. 429.

verlieren, muss es in den nächsten Jahren beweisen, dass es auch fähig ist, die Wirtschaft zu lenken, zu verwalten und zu einem alternativen Wirtschaftssystem kommen kann, das die Grundlage einer eigenständigen Entwicklung jenseits der imperialistischen Ausbeutung bietet.

Auch wenn es Wirtschaftstreibende geben mag, die in den bolívarischen Prozess – der das Privateigentum an Produktionsmitteln derzeit nicht in Frage stellt² – eingebunden werden könnten, so müssen sich diese Umbildungen vor dem Hintergrund des antiimperialistisch-demokratischen Anspruchs der bolívarischen Revolution doch zwangsläufig in Antagonismus zur bisher herrschenden Klasse, den US-Konzernen und der nationalen Oligarchie befinden und ihren erbittertsten Widerstand hervorrufen. Wie jeder gesellschaftliche Umbau findet aber auch dieser die ökonomischen Verhältnisse vor, die die herrschende Klasse in den letzten Jahrzehnten immer und immer wieder reproduziert hat und es ist zu fragen, wie diese umzuwälzen sind und der Klassenkampf mit einer revolutionären Perspektive am Gebiet der Ökonomie zu führen ist.

Entwicklungsländer³ – ein theoretischer Problemanriss

Karl Marx und Friedrich Engels haben wissenschaftliche Einsichten in die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und seine historische Entwicklung geliefert und damit auch den Handlungsgrundstein für eine revolutionäre Gesellschaftsordnung geliefert, da diese die bestimmte Negation jener Gesellschaftsformation ist, die sie umwälzt. Doch Karl Marx beschränkt diese Erkenntnisse ausdrücklich auf eine »historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa«⁴ – er entwickelte kein ausgearbeitetes entwicklungstheoretisches Werk, das der Polarisierung entwickelter und unterentwickelter kapitalistischer Länder und den Entwicklungsperspektiven letzterer gerecht wurde (weil er vom damaligen Entwicklungsstand eine solche auch gar nicht entwickeln konnte).

Und doch bietet sein Werk weitreichende entwicklungspolitische Interpretationsmöglichkeiten, da die politische Ökonomie der Entwicklungsländer untrennbar mit deren Rolle bei der Herausbildung der ökonomischen Gesellschaftsformation⁵ verbunden ist. Denn z. B. das koloniale Hazienda-Produktionssystem in Lateinamerika war »von Anfang an kapitalistisch«⁶ – nicht im Sinne des spezifisch kapitalistischen Produktionsverhältnisses, sondern in der Herausbildung dieser ökonomischen Gesellschaftsformation als organisches System⁷. Gerade diese Rolle als ehemalige Kolonien und Halbkolonien ist es, welche die Entwicklungsländer, die »durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus ihre politische Souveränität erlangt haben, aber um ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus immer noch kämpfen«⁸, ebenso verbindet, wie die daraus resultierende Mehrsektorenwirtschaft, das Nebeneinander verschiedener Wirtschaftssektoren mit unterschiedlichen Produktionsverhältnissen. Diese Mehrsektorenwirtschaft äußert sich in unterschiedlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, wie jenen des ausländischen Monopolkapitals, der nationalen Bourgeoisie, staatlichen Betrieben und besonderen Formen informeller oder Relikten vorkapitalistischer Produktion (etwa der indigenen Bevöl-

2 Fidel Castro, der die kubanische wie bolívarische Verfassung für revolutionär hält, weist auf die großen Unterschiede beider Verfassungen und damit verbunden die Eigentumsfrage hin. Cf. dazu André Scheer: Kampf um Venezuela, Neue Impulse Verlag Essen 2004, S. 57.

3 Der Autor ist sich der Problematik des Begriffes »Entwicklungsländer« bewusst.

4 Karl Marx: Brief an die Redaktion der »Otschestwennyje Sapiski«, in: Werke (MEW), Bd. 19, S. 111, siehe auch S. 110; zu einer zusammenfassenden Darstellung des Entwicklungsbegriffs bei Marx vgl. z. B. Dieter Boris: Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, VSA-Verlag Hamburg 2002, S. 10-25 oder Stefan Kalming, Andreas Nowak: Die geographische Expansion des Kapitals und das Problem der global ungleichen Entwicklung bei Marx, in: Olaf Gerlach, Stefan Kalming, Daniel Kurnitz (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus, Brandes & Apsel Frankfurt a. M. 2004, S. 220-242.

5 Vgl. Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 9, wo Marx von der ökonomischen Gesellschaftsformation im Singular schreibt.

6 André Frank: Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt, 1979, S. 41.

7 Vgl. Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 189.

8 Parviz Khalatbari: Entwicklungsländer, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, H. 44, Berlin 1981, S. 807; auf die entwicklungspolitische Notwendigkeit dieses Kampfes wird noch eingegangen.

9 Vgl. z. B. Amílcar O. Herrera u. a. Autoren im Auftrag der Stiftung Bariloche, Grenzen des Elends, Fischer 1977, S. 25.

10 Tilmann Evers, Peter Wogau: »Dependencia« – Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung, in: Das Argument, 15. Jg., H. 79, S. 407.

11 Wir können auf diesen u. a. in österreichischen trotzkistischen Kreisen in jüngster Zeit vorgebrachten Vorwurf hier nicht im notwendigen Umfang eingehen. Es soll aber erwähnt werden, dass der Überbau – insbesondere der Staat – in den meisten Entwicklungsländern aufgrund der zuvor skizzierten ökonomischen Verhältnisse eine relativ große Selbständigkeit gegenüber den die Wirtschaft beherrschenden Kräften erlangen kann. Das löst aber nicht die Frage, in welchem Interesse dieser Staat dann handelt. Ob sich eine kleine Clique persönlich bereichert, ob Geld über dunkle Kanäle zu korrupten Industriellen abgezweigt wird – oder ob diese relative Selbständigkeit als Einflussmöglichkeit auf eine progressive gesellschaftliche Entwicklung genutzt wird.

kerung Lateinamerikas). Nicht selten existieren innerhalb weniger Kilometer mittelalterliche Werkzeuge neben modernen Monopolktechnologien. Obwohl sich also oft noch kein die gesamte Wirtschaft durchdringendes, einheitliches Produktionsverhältnis herausgebildet hat, so stellen die ökonomischen Verhältnisse der Entwicklungsländer doch eine widersprüchliche Einheit dar, die sich aus ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung und der dadurch wirkenden Gesetze des kapitalistischen Weltsystems ergeben. Die nationale Bourgeoisie der Entwicklungsländer wird vom internationalen Monopolkapital enteignet, wenn sich letztere davon höhere Profitraten als bei einer Kapitalanlage im imperialistischen Zentrum erwartet. Staatliche Unternehmen werden privatisiert, weil die Profitrate 100 % beträgt; sie werden in Staatseigentum belassen, wenn durch Korruption, Vorleistungen unter dem Weltmarktpreis, Vergesellschaftung von Verlusten etc. Profitraten über 100 % in Aussicht stehen. Vorkapitalistische Produktionsverhältnisse werden der kapitalistischen Warenproduktion unterworfen, weil Profitraten von 150 % erwartet werden können; sie werden aber über Handel und Kredit konserviert, wenn Profitraten über 200 % winken. So wird Unterentwicklung, die historisch nicht die Möglichkeit fand, zeitlich vorausgehendes Moment der Entwicklung zu sein,⁹ zur Interdependenz imperialistischer Entwicklung, welche die soziale, gesellschaftliche Struktur der Entwicklungsländer deformiert und diese Deformation wiederum zu einem konstitutiven Merkmal deren interner Sozialstruktur macht. »Eine Überwindung der Unterentwicklung setzt also voraus, dass die verursachende externe Beherrschung aufgehoben wird.«¹⁰

Antiimperialistische und sozialistische Revolution

Aber gerade über die Frage, wie dies zu erreichen ist, scheiden sich die Geister. Wenngleich noch nicht im wünschenswerten Umfang, so ist in der deutschsprachigen marxistischen Linken in letzter Zeit doch eine kontroverse Diskussion darüber entbrannt, wie denn die bolívarische Revolution in Venezuela einzuschätzen sei. Die Meinungen reichen dabei von bedingungsloser Unterstützung bis zu der Ansicht, dass es sich dabei lediglich um ein arbeiterfeindliches bonapartistisches Regime handle.¹¹ Beständig vorgebrachte Forderungen nach Verstaatlichung, Arbeiterkontrolle etc. erscheinen zwar als notwendige, nicht aber als hinreichende ökonomische Bedingungen, da sie den komplexen ökonomischen Verhältnissen eines Entwicklungslandes wie Venezuela nicht gerecht werden und letztlich das Problem nicht lösen, wie eine zielstrebige sozialökonomische Neugestaltung mit einem hohen und stabilen wirtschaftlichen Wachstumstempo als Grundvoraussetzung für ein Ausbrechen aus der Unterentwicklung und eben jene progressive Neugestaltung – die keine Neugestaltung der Armut sein darf – verbunden werden kann. Ebenso wie eine sozialistische Revolution kann sich auch eine antiimperialistisch-demokratische Revolution nicht sofort auf eine eigene ökonomische Basis stützen. Sie muss die Ursachen der externen Beherrschung aufheben (im Sinne von durchbrechen), sie muss progressive gesellschaftliche Elemente aufheben (im Sinne von konservieren und weiterentwickeln) und kann ursprüngliche, scheinbar überkommene Produktionsformen aufheben (im Sinne von auf ein

neues Niveau entsprechend den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heben). Gerade hierin besteht die Schwierigkeit, auf die Marx auch hinweist, wenn er meint, dass man, wenn man jede Entwicklung »für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.«¹²

Was heißt das für Marxisten in Bezug auf Venezuela? Auch hier bietet Marx einen Anknüpfungspunkt, wenn er gemeinsam mit Engels am Ende des Manifests schreibt: »Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.«¹³ Trotz der unterschiedlichen linken Sichtweisen zur bolívarischen Revolution dürfte es schwer zu argumentieren sein, dass es sich dabei nicht um eine revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände handelt, die insofern zu unterstützen ist, als sie zur Demokratisierung des Landes und zur Einschränkung seiner bestehenden externen Beherrschung beiträgt. Was die Eigentumsfrage anbelangt, so werden wir auf diese noch zu sprechen kommen. Dies aber nicht in allgemeiner Form, weil die Formulierung »welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge« bereits darauf verweist, dass diese – obwohl und gerade weil die Grundfrage der Bewegung – nicht auf einmal, für alle Zeit, allgemein zu lösen ist, sondern tagtäglich neu gestellt werden muss – eben weil sich eine derartige Neugestaltung (als ein Feld des beständigen Klassenkampfes) nicht auf eine eigene ökonomische Basis stützen kann.

Konkrete Aufgaben

Welche konkreten Aufgaben und Problemfelder lassen sich in Bezug auf das Geschriebene bezüglich der Situation in Venezuela abstecken?

Landwirtschaft. Die Landwirtschaft stellt wohl eines der größten Problemfelder Venezuelas hinsichtlich einer revolutionären Umgestaltung dar. Auf rund einem Viertel des 4 % bebaubaren Landes gibt es ständige Ernten. Etwa 60 % der landwirtschaftlich geeigneten Bodenfläche gehören 0,002 % der Bevölkerung.¹⁴ Obwohl deren Latifundien zu weiten Teilen brach liegen, wird es ein schwieriges Unterfangen sein, hier eine Dynamik zu entfalten, da der venezolanische Urbanisierungsgrad mit 87 % bereits sehr hoch ist. Trotz der Tatsachen, dass derzeit rund ein Zehntel der venezolanischen Erwerbstätigen (insbesondere Männer)¹⁵ in der Landwirtschaft arbeitet, Mais, Reis, Kartoffel und Gemüse für den Inlandsbedarf angebaut, Kaffee, Kakao und Rohrzucker sogar exportiert werden, ist Venezuela gezwungen, rund zwei Drittel seines Lebensmittelbedarfs zu importieren.¹⁶

Auch wenn dies heute noch kein weit reichendes Problem darstellt, so ist die venezolanische Wirtschaft in diesem Punkt extrem

12 Marx: Brief an die Redaktion, a. a. O., S. 112.

13 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 493.

14 Vgl. Lateinamerika Anders, Nr. 5-6, November 2003, S. 5.

15 Alle Beschäftigungsanteile beziehen sich auf ECLAC-Statistiken der erwerbstätigen urbanen Bevölkerung, wobei auf den mit 87 % sehr hohen Urbanisierungsgrad Venezuelas hinzuweisen ist.

16 Vgl. u. a. Lateinamerika Anders, Nr. 5 – 6, November 2003, S. 5 und Junge Welt vom 14. Januar 2005.

verwundbar und ihre Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung damit eingeschränkt.

Dieses Problems scheint man sich in Venezuela bewusst zu sein, wie aus der Verfassung, den Plänen zur Landreform, dem »Gesetz über Land und landwirtschaftliche Entwicklung« hervorgeht. Ziel ist es, die Ernährungssicherheit der Bevölkerung als ausreichende und stabile Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln im nationalen Bereich zu garantieren.¹⁷ Obwohl hier bereits u. a. durch Mikrokredite und Handelspläne (*Mision Mercal*) Schritte gesetzt wurden, sind zahlreiche Maßnahmen der Landreform wegen bürokratischen Strukturen, Uneinigkeit der Basisinitiativen und nicht zuletzt der intensiven konterrevolutionären Bedrohung leider noch ausständig.

Sekundärer Sektor. Im gesamten sekundären Sektor arbeitet heute rund ein Fünftel der venezolanischen Erwerbstätigen, die Hälfte davon im produzierenden Bereich. Dieses relativ kleine Industrie-proletariat, das sich hauptsächlich auf riesige, in ihrer Mehrzahl staatliche Industrieunternehmen der Ölindustrie, des Erzabbaus, in Aluminium- und Stahlwerken konzentriert, erwirtschaftet einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes.¹⁸ Mit den riesigen Erdölvorkommen, die auch für die USA von großer Bedeutung sind, und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA findet die bolívarische Revolution Möglichkeiten vor, wie sie einem revolutionären Entwicklungsweg in einem Entwicklungsland in den letzten Jahrzehnten wohl kaum gegeben waren.

Daneben gibt es Minenabbau, Elektrizität, Gas und Wasser, wo rund ein Prozent der venezolanischen Erwerbstätigen (überwiegend Männer) beschäftigt ist. Die Industrie – die vor allem aus Maschinen- und Fahrzeugbau sowie elektrotechnischer und chemischer Industrie besteht – konzentriert sich stark um Ciudad Guayana im Bundesstaat Bolívar.

Tertiärer Sektor. Hunderttausende Venezolanerinnen und Venezolaner sind in staatlichen und kommunalen Behörden, im privaten Dienstleistungssektor oder in öffentlichen Versorgungsunternehmen¹⁹ beschäftigt. Über zwei Drittel der Erwerbstätigen Venezuelas arbeiten heute im tertiären Bereich – bei den Frauen sind es fast 90 %. Diese Beschäftigten konzentrieren sich auf die Bereiche Serviceleistungen (30 %) und Handel (28 %). Der Tourismus erscheint als Zukunftsbranche, die von der Regierung Chávez aktiv gefördert wird. Ihm werden in Venezuela große Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt.

Informeller Sektor. In allen drei beschriebenen Sektoren existieren Produktions- und Beschäftigungsformen abseits des formellen Bereichs, die allgemein in Charakter und Bedeutung unterschätzt werden. Neben unbezahlter Familienarbeit, teils kriminellen Tätigkeiten und im engeren Sinne informellen Beschäftigungsformen in offiziellen Betrieben existiert auch eine beträchtliche Subsistenzproduktion. Derzeit versucht ungefähr die Hälfte der venezolanischen Bevölkerung, ihr Dasein mit Arbeiten im informellen Sektor zu fristen.²⁰ Es war nicht zuletzt eine Errungenschaft der bolívarischen Revolution, zahlreiche dieser Beschäftigten mit formellen Rechten auszustatten und es wird eine große Herausforderung für sie darstellen, die Subsistenzproduktion (als nicht entfremdete Arbeit) in einem progressiven Sinne in die Gesamtwirtschaft einzubeziehen.²¹

17 Vgl. Artikel 305 der bolívarischen Verfassung, weiterhin dazu Artikel 306, 307.

18 Vgl. Kollektiv p.i.s.o. 16, Venezuela. Welcome to our Revolution, Gegen den Strom, München 2004, S. 64.

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. ebenda.

21 Zum Charakter der nicht-marktintegrierten Arbeit vgl. Hans Kalt: Neubeginnen mit Marx, Papy-Rossa Köln 1993, S. 35 ff.

Außenhandel. Neben dem Erdöl, das etwa drei Viertel des Exportwerts ausmacht, sind Aluminium und Stahl sowie erwähnte landwirtschaftliche Produkte und Tourismus wesentliche Exportgüter. Exportiert wird zu gut der Hälfte in die USA, fast ein Fünftel der Exporte gehen in die Niederländischen Antillen. Importiert werden neben Rohstoffen insbesondere Kapital- und Konsumgüter sowie Halbfertigprodukte, wobei ca. ein Viertel aus den USA, je über 5 % aus Kolumbien und Brasilien bezogen werden.

Neben dem erwähnten Problem der Nahrungsmittelimporte wird an der venezolanischen Außenhandelsstruktur ein weiteres Problem – nicht nur hinsichtlich Handelspartnern, sondern auch hinsichtlich Handelsgütern – ersichtlich: über den Außenhandel tritt Venezuela in Kontakt mit dem Weltmarkt und seinen ökonomischen Gesetzen, die sich nicht nur zuungunsten der rohstoffexportierenden Länder (wie es alle Entwicklungsländer sind), sondern selbst im Bereich der Industrieprodukte zuungunsten der Entwicklungsländer entwickeln.²² Am Weltmarkt zwingen die monopolistischen Konzerne des Zentrums der weitgehend zersplitterten Peripherie ihre Bedingungen auf; werden organisch niedriger zusammengesetzte, autochthone Kapitale aus der Produktion geworfen, und es ist fraglich, ob ein weniger entwickeltes Land alleine die organische Zusammensetzung seiner Produktion so rasch entwickeln kann, um die nationalen Produktivkräfte im nötigen Ausmaß zu entfesseln.

Makroökonomische Steuerung. Es stellt sich nun die Frage, welche Steuerungsinstrumente dem venezolanischen Staat hinsichtlich des Gesagten und unter der Grundvoraussetzung strategischer landwirtschaftlicher Versorgung bleiben. Wie kann »ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen«²³ geschaffen werden, um die geplante Produktion und Verteilung der Produkte zu organisieren? Schließlich ist die Bestimmung des richtigen Tempos der gesellschaftlichen Umgestaltung und das frühzeitige Antizipieren künftiger organisatorischer Aufgaben von zentraler Bedeutung.

Unter den bestehenden Verhältnissen erscheint daher die Ausnutzung staatskapitalistischer Beziehungen als meistversprechende Alternative. Unter ständiger Kontrolle und Einflussmöglichkeit der Basisinitiativen der werktätigen Bevölkerung und Gewerkschaften sowie unter dem Aspekt der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion müssen die staatseigenen Betriebe zu einer Leit- und Kommandostelle der gesamten Wirtschaft werden, deren organische Kapitalzusammensetzung möglichst rasch entwickelt werden und auch den davon Betroffenen eine Perspektive geboten werden muss.

Es wurde bereits die Frage aufgeworfen, inwieweit dies im nationalen Ausmaß geschehen kann und gerade hier hat die bolivariische Verfassung die Möglichkeit eines lateinamerikanisch-karibischen Staatenverbandes²⁴ eingeräumt und mit der »Reaktivierung« der OPEC, der (noch wenig fortgeschrittenen) Gründung eines transnationalen lateinamerikanischen Energieversorgungsunternehmens und ökonomischen Kooperationen mit anderen Entwicklungsländern auch erste konkrete Schritte gesetzt. Es fragt sich, inwieweit derartige Kooperationsprojekte im produzierenden Bereich möglich und sinnvoll sind. Zu wenig komplementäre Wirtschaftsstrukturen und

22 Vgl. dazu insbes. Hans Wolfgang Singer: »Terms of Trade and Economic Development«, in: Newman, Milgate, Eatwell (eds.): *The new Palgrave: Economic Development*, Macmillan, London 1989, pp. 323-329, und die Diskussionen zwischen Singer, Sarkar und Arthukurala im *World Development*, Vol. 19, 1991 und Vol. 21, 1993.

23 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: *LW*, Bd. 27, S. 231.

24 Artikel 153 der bolivariischen Verfassung, eine Andeutung findet sich bereits in der Präambel.

25 Vgl. Dieter Boris: Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas, VSA-Verlag Hamburg 2001, S. 54.

26 Eine heute weitgehend ungelöste Frage der Politischen Ökonomie des Sozialismus.

27 »Neue Ökonomische Politik« der Sowjetmacht nach dem Bürgerkrieg.

28 Artikel 308 der Verfassung.

29 Artikel 307 der Verfassung.

30 Vgl. hierzu die Rolle des Handelskapitals und seine Konservierung alter Produktionsformen durch das Verlagswesen in der Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa.

zunehmende Polarisierung haben bereits in den 1960er Jahren lateinamerikanische Wirtschaftsintegrationsprojekte stagnieren lassen²⁵ und gerade beschriebene Gründe können natürlich den Handlungsspielraum für eine eigenständige revolutionäre Entwicklung einengen, da sie Abhängigkeit (wenn auch nicht direkt vom imperialistischen Zentrum) und Krisenanfälligkeit erhöhen.

Nichtsdestoweniger wird eine derartige Entwicklung im nationalen Rahmen ebenso wenig erfolgreich sein, wenn sie bestehenden Forderungen der Basisbewegung nach Kollektivierung einzelner Industrien und Betriebe nicht entsprechend nachkommt, wie wenn sie auf privatkapitalistische Elemente gänzlich verzichtet. Heranziehung ausländischer Kapitalien – unter mehrheitlicher Bestimmung des venezolanischen Staates – führt auch zum Import neuer Technologien, kommt bestehenden Finanzierungsengpässen²⁶ entgegen und war ebenso Teil von Lenins NÖP²⁷-Konzeption wie die Entfesselung der produktiven Energien der Kleinproduzenten.

Auf die Bedeutung letzterer im informellen Sektor wurde bereits verwiesen, diese existieren aber auch zahlreich innerhalb der formalen Wirtschaft und es stellt sich die Frage, ob (und gegebenenfalls wie) diese in ein neues Netz organischer ökonomischer Beziehungen einbezogen werden können, oder ob sie zugunsten der Großproduktion ökonomisch eliminiert werden sollen.

Die bolívarische Verfassung betont hier, dass der Staat die Klein- und Mittelindustrie ... ebenso wie die Familienbetriebe, die Kleinstunternehmen und jede andere Form von Gemeindeorganisationen ... unter Führung des gemeinschaftlichen Besitzes ... unterstützt durch die Volksinitiative schützen und fördern²⁸ und die Bedingungen für die Gründung funktionierender dezentralisierter Körperschaften stabilisieren²⁹ wird. Dies erscheint politisch sinnvoll, da diese Vielzahl an Produzenten damit an die bolívarische Revolution herangeführt und gebunden wird. Ökonomisch kann ein derartiges Produktionsnetz wohl nur eine progressive Rolle spielen, wenn es Teil der Wertschöpfungskette einer führenden staatlichen Industrie ist, unter deren ökonomischem Kommando steht, kollektive Produktionsformen fördert und mit modernen Technologien und hoch qualifizierten Arbeitskräften ausgestattet ist. Dafür könnten u. a. die zahlreichen Bildungs- und Arbeitsbefähigungsmissionen (*Robinson I & II, Ribas, Sucre, Vuelvan Caras*) sorgen. Die Missionen Miranda und Piar fördern darüber hinaus die Gründung von und Tätigkeit in Kooperativen.

Handel und Kredit. Handel und Kredit sind zentrale Bereiche der ökonomischen Auseinandersetzung. Gerade in Entwicklungsländern können damit nicht nur Innovationen und neue Produktionstechniken gefördert, sondern auch alte konserviert und doch zugleich kapitalistisch ausgebeutet,³⁰ regelrecht enteignet werden. Auf der anderen Seite kann effizienter staatlicher Handel die Produzenten entlasten und eine günstigere Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Darum geht es im Artikel 301 der bolívarischen Verfassung und bei der *Mision Mercal*, die den Vertrieb und direkten Verkauf von Nahrungsmitteln und anderen notwendigen Produkten zu um ein Drittel niedrigeren Preisen ermöglicht, wobei derartige Projekte sicher auszubauen sind. Ähnliches gilt für die staatlichen Mikrokredite. Obwohl an sich nicht sonderlich revolutionär (und selbst von der UNO

gefordert), erleichtern diese die Zinslast kleiner Produzenten (vor allem im ländlichen Raum) durch private Wucherer, fördern im konkreten Fall innovative Wirtschaftsprojekte und (!) per definitionem kollektive Eigentums- und Produktionsformen.

Wirtschaftsleitung und ökonomische Kader. Mit derartigen gemeinschaftlichen Produktionseinheiten werden – unterstützt durch die Bildungsmissionen – auch potenzielle Kader für die gesamte Wirtschaftsleitung herausgebildet. Ähnliches gilt für die Einbeziehung von Arbeitern in das Management der staatlichen Betriebe und die in der Verfassung festgeschriebenen *cogestión* (die gemeinschaftliche Betriebsleitung durch Belegschaft und Geschäftsleitung) und die stärker zu verwirklichenden Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der werktätigen Basisinitiativen in die Staatsbetriebe. Selbst wenn diese Maßnahmen noch als zu wenig weit fortgeschritten betrachtet werden können, so darf doch nicht vergessen werden, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft und die entsprechende Leitung ihrer Wirtschaft kein rein spontaner, sondern planmäßig und umsichtig durchzuführender Prozess ist, der nur schwerlich ausschließlich von Arbeitern, die unter kapitalistischen Verhältnissen Jahre und Jahrzehnte entweder von Lohnarbeit weitgehend ausgeschlossen oder durch sie selbst vom gesamten Produktionszyklus »ihres« Produktes entfremdet wurden, geleistet werden kann.

Letztlich geht es wohl darum, unter heutigen Bedingungen mit der externen ökonomischen Beherrschung zu brechen und ein organisches System ökonomischer Produktion, Zirkulation und Reproduktion zu etablieren, in dem zwar die (effizienten) staatlichen Betriebe der dominierende und die Grundversorgung sichernde Faktor sind, daneben aber dennoch Produktionsenergien und -innovationen freigesetzt werden können, die aufgrund dieses Systems gezwungen sind, Wasser auf die Mühlen der neuen Produktionsverhältnisse zu leiten und in dem bereits das Bewusstsein und die wissenschaftlich-technische Qualifikation der Werktätigen für die Planung und Verwaltung einer Ökonomie mit einem höheren Niveau der Vergesellschaftung der Produktionsmittel herausgebildet werden.